

**Stellungnahme des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR)  
zu den Änderungsanträgen  
der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf  
Ausschussdrucksache 18(14)226.2 zum Gesetzentwurf der  
Bundesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Heil- und  
Hilfsmittelversorgung (Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz  
– HHVG)  
BT-Drucksache 18/10186**

**Änderungsantrag 4**

Artikel 1f

*Geplante Neuregelung*

Gemäß der Neuregelung soll dem Artikel 1f (§ 19 Krankenpflegegesetz) die 18-Monats-Regelung bei Meldung grenzüberschreitender Dienstleistungen mit Europäischem Berufsausweis angefügt werden.

*Stellungnahme*

Der DPR begrüßt die ergänzende Regelung, weil sie das Meldeverfahren vereinfacht.

**Änderungsantrag 6**

Artikel 1i

*Geplante Neuregelung*

Der § 192 Absatz 5 wird folgendermaßen ergänzt:

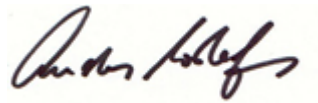
1. „Er ist außerdem verpflichtet, den Verdienstausschlag, der während der Schutzfristen nach § 3 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes sowie am Entbindungstag entsteht, durch das vereinbarte Krankentagegeld zu ersetzen, soweit der versicherten Person kein anderweitiger angemessener Ersatz für den während dieser Zeit verursachten Verdienstausschlag zusteht.“

2. In § 208 Satz 1 werden nach dem Wort „Von“ die Wörter „§ 192 Absatz 5 Satz 2 und“ eingefügt.

## *Stellungnahme*

Generell begrüßt der DPR das Vorhaben privatversicherte Schwangere mit Blick auf einen Verdienstaufschlag, der während der Schutzfristen des MuSchG entsteht, gesetzlich Versicherten gleichzustellen.

Berlin, 07.02.2017



Andreas Westerfellhaus  
Präsident des Deutschen Pflegerates

Adresse:  
Deutscher Pflegerat e.V. – DPR  
Alt- Moabit 91  
10559 Berlin  
Tel.: + 49 30 / 398 77 303  
Fax: + 49 30 / 398 77 304  
E-Mail: [info@deutscher-pflegerat.de](mailto:info@deutscher-pflegerat.de)  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)